

## Fragen und Antworten auf die Wahlprüfsteine des BUND

### ATOMKRAFT

Die Nutzung der Atomkraft und die hierbei anfallenden radioaktiven Abfälle stellen das Land Niedersachsen vor große Herausforderungen. Neben den bis 2021 bzw. 2022 laufenden Atomkraftwerken Grohnde und Lingen befinden sich in Niedersachsen auch die so genannten Endlager Asse, Schacht Konrad sowie das Erkundungsbergwerk Gorleben.

#### **Frage 1:**

Der Salzstock Gorleben im Wendland ist als möglicher Endlagerstandort seit langem heftig umstritten. Viele niedersächsische Bürgerinnen fordern, den Standort Gorleben bei der neuen bundesweiten Endlagersuche von vornherein auszuschließen.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

*Gorleben ist geologisch ungeeignet, politisch verbrannt und ein Schwarzbau. Der Standort verfügt nicht über ein durchgehendes Deckgebirge, es können wasserführende Störungen auftreten, es gibt Gasvorkommen und Permafrostrisse, weshalb geologisch nicht begründbar ist, Gorleben im Suchverfahren für ein Endlager zu lassen. Gorleben wurde als Standort völlig willkürlich ausgewählt und es gab keine qualifizierte Öffentlichkeitsbeteiligung. Durch die Errichtung einer Pilot-Konditionierungsanlage zur endlagerechten Umverpackung des Atommülls und durch die Nutzung angrenzender Flächen als Zwischenlager besteht aktuell eine faktische Vorfestlegung. Die Fortführung der als „Erkundung“ deklarierten Baumaßnahmen und der Arbeit an einer so genannten vorläufigen Sicherheitsanalyse ausgerechnet durch Wissenschaftler, die maßgeblich am Desaster in der Asse beteiligt waren, ist ein deutliches Signal dafür, dass die aktuelle Landes- und Bundesregierung trotz anderslautender Bekundungen immer noch kein echtes Interesse daran hat, nach Alternativen zu Gorleben zu suchen.*

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine ergebnisoffene Endlagersuche ein. Wir halten an der Forderung nach einem echten Neubeginn der Suche fest. Ein tragfähiger Endlagersuchprozess muss ergebnisoffen, vertrauensbildend, transparent und fair gestaltet werden. Dafür muss eine sofortige Beendigung der so genannten vorläufigen Sicherheitsanalyse erfolgen. Die Tatsache, dass Gorleben mit weiteren Castortransporten zementiert werden darf, zeigt, wie wenig glaubwürdig*

*der von CDU, CSU und FDP angekündigte Neubeginn in der Endlagerfrage ist. Wir fordern: Keine weiteren Castoren nach Gorleben. Zudem muss ein neuer Endlagersuchprozess in jeder Phase die Teilnahme und den Einfluss für Bürgerinnen und Bürger sichern und an höchsten Sicherheitszielen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik orientiert sein. Die Sicherheits- und Abwägungskriterien für einen derartigen Suchprozess müssen wissenschaftlich begründet sein, die Kriterien des Arbeitskreises Endlagersuche (AkEnd) weiterentwickeln und die Erfahrungen aus dem Asse-Desaster und dem Endlager Morsleben aufnehmen. So lange Gorleben im Vergleichspool der Standorte bleibt, wird versucht werden, die Sicherheitsanforderungen an den ungeeigneten Standort anzupassen. Gorleben kann wissenschaftlichen und geologischen Kriterien eines Endlagersuchgesetzes nicht standhalten.*

*Ein Gesetzentwurf, der diese wichtigen Voraussetzungen nicht enthält, ist für uns nicht konsensfähig. Eine grüne Zustimmung gibt es nur für den realen Start einer ergebnisoffenen Suche. Endlagerverhandlungen müssen das Ziel haben, den bestmöglichen Standort für Atommüll in Deutschland zu finden.*

.

### **Frage 2:**

Bisher trägt Niedersachsen die Hauptlast der Castortransporte, bei denen hochradioaktive Abfälle quer durchs Land gefahren werden. Die Transporte müssen mit Millionenaufwand von Polizeikräften gesichert werden und setzen nach neuesten wissenschaftlichen Gutachten die PolizistInnen und Anwohnerinnen an den Transportstrecken erneut erhöhten radioaktiven Belastung aus.

Welche Alternativen sehen Sie, künftig Castortransporte in Niedersachsen zu vermeiden?

*Antwort (unter der Annahme, dass die Frage auf zukünftige Castortransporte nach - und nicht in - Niedersachsen zielt):*

*Wir Grüne lehnen weitere Transporte in das Castorlager Gorleben ab und sprechen uns dafür aus, dass weiterer, zur Zwischenlagerung anfallender hochradioaktiver Atommüll, am Standort der jeweiligen Verursacher zwischengelagert wird. Die dafür notwendigen genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen müssen geschaffen werden.*

### **Frage 3:**

In Niedersachsen sollen die Atomkraftwerke Lingen und Grohnde noch bis 2022 bzw. 2021 am Netz bleiben. Die Ereignisse in Fukushima haben gezeigt, dass auch in

einem hochtechnisierten Land ein Atomkraftwerk außer Kontrolle geraten kann. Im aktuellen Stresstest der EU wurden bei beiden AKWs Sicherheitsmängel festgestellt

Halten Sie eine weitere Laufzeit von 10 bzw. 9 Jahren vor diesem Hintergrund für vertretbar?

*Atomkraft ist und bleibt eine unverantwortbare Risikotechnologie. Wir Grüne wollen eine Atomaufsicht in Niedersachsen, die alle Konsequenzen aus bestehenden Sicherheitsmängeln in den AKW Grohnde und Lingen zieht und die Betreiber zu Nachrüstungen zwingt. Dies wird nach unserer Überzeugung zu einem früheren Abschalten als geplant führen. Weitere Maßnahmen wie die sofortige Schließung des Bundeswehr-Übungsplatzes Nordhorn- Range oder des Verbots, MOX-Brennelemente einzusetzen, müssen ergriffen werden.*

*Die Gefahr von katastrophalen Unfällen oder terroristischen Anschlägen kann dadurch aber nicht gebannt werden. Deshalb ist es auch notwendig, dass alle gesellschaftlichen Gruppen und jedeR Einzelne nicht nachlassen, weiterhin Druck auf Politik und Atomkonzerne auszuüben: Jeder Tag, an dem die noch laufenden AKW früher vom Netz gehen, vergrößert die Sicherheit.*

#### **Frage 4:**

Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Landesregierung für Wilhelmshaven als Hafenumschlagsplatz für radioaktive Seegüter entscheidet.

Was würden sie unternehmen, sobald sie davon etwas in Erfahrung bringen?

*Als Grüner bin ich grundsätzlich gegen den Transport von radioaktivem Material über deutsche Seehäfen. Der zur Zeit einzige Hafen über den radioaktives Material, nämlich die MOX Brennelemente aus der Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield, transportiert wird, ist der Hafen in Nordenham. Gegen diese mit Großbritannien vereinbarten Transporte sind die rechtlichen Möglichkeiten auf Grund der international gültigen Verträge nur sehr gering. Deutschland hat sich verpflichtet sein vorher nach Großbritannien exportiertes radioaktives Material aus den Atomkraftwerken zurück zu nehmen.*

*Ich selber werde mich dafür einsetzen, dass die vereinbarten Restlaufzeiten der AKW's möglichst weiter verkürzt werden. Ein sofortiger Ausstieg wäre mir am Liebsten. Damit wäre es auch nicht mehr erforderlich die diesen „Atommaterialtourismus“ zu betreiben.*

*Sofern Wilhelmshaven in der Zwischenzeit tatsächlich in die Situation käme durch Weisung der Landes- oder auch Bundesregierung über seinen Hafen Atomtransporte abwickeln zu müssen, würde ich auch hier, genauso wie die Menschen in der Wesermarsch jetzt, Proteste organisieren und mich aktiv an Aktionen beteiligen.*

## LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Ein großer Teil der niedersächsischen Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Neben der intensiven ackerbaulichen Nutzung ist Niedersachsen einer der größten Fleischerzeuger Deutschlands, In den vergangenen Jahren ist zunehmende Kritik sowohl an der Intensität der Landwirtschaft als auch der Vergabe von Subventionsgeldern aufgekommen. Auch in der Forstwirtschaft lässt sich in den letzten Jahren eine Intensivierung beim Holzeinschlag beobachten.

### Frage 1:

In den vergangenen Jahren hat in Niedersachsen ein erheblicher Zuwachs von Maisflächen stattgefunden, mittlerweile besteht etwa ein Drittel der Anbauflächen aus Maismonokulturen.

Mit der „Vermaisung“ der Landschaft gehen große Nachteile für die biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft einher, da viele Tierarten in den Monokulturen keine Lebensräume finden.

Wie beurteilen Sie diese Situation?

*Die Vermaisung der Landschaft ist auch aus unserer Sicht ein erhebliches Problem. Einerseits aus Gründen des Artenschutzes, da in Maismonokulturen kaum noch Arten einen Lebensraum finden und für die Anlagen von Maisäckern vielfach ehemals wertvolle Grünlandflächen umgebrochen wurden. Darüber hinaus beeinträchtigt der inzwischen überbordende Maisanbau in erheblichem Umfang das Landschaftsbild. Da Mais im Gegensatz zum Getreide gegenüber einer Überdüngung tolerant ist, wird der Maisanbau offenkundig in erheblichem Umfang auch dafür genutzt, deutlich mehr Wirtschaftsdünger auf die Flächen aufzubringen, als die Pflanzen an Nährstoffen aufnehmen können. Deshalb steigen die Nitratwerte im Grundwasser insbesondere im westniedersächsischen Raum wieder deutlich an.*

*Wesentlicher Grund für den zunehmenden Maisanbau ist die Produktion von Biogas. Wir halten es für notwendig, dieses Problem sowohl über das landwirtschaftliche Fachrecht, wie auch über eine Novelle des Erneuerbare- Energien-Gesetzes anzugehen. Im landwirtschaftlichen Fachrecht wollen wir eine mindestens viergliedrige Fruchtfolge und eine ausgeglichene Humusbilanz festschreiben. Im Erneuerbare -Energien-Gesetzes muss das Bonussystem für die Vergütung von Strom aus Biogas dringend geändert werden: Den sog. NaWaRo-Bonus, der bisher den Einsatz von Mais honoriert und der von aktuellen schwarz-gelben Bundesregierung nochmals erhöht wurde, wollen wir abschaffen und durch einen gestaffelten Umweltbonus etwa für die Nutzung von Blühpflanzenmischungen in Biogasanlagen*

ersetzen. Darüber hinaus wollen wir die Obergrenze für den Anbau von Energiepflanzen innerhalb einer Region auf maximal 20% festschreiben.

## **Frage 2:**

In Niedersachsen werden in Intensivmastanlagen rund 10 Millionen Schweine und 63 Millionen Masthühner gehalten. Nach Meinung vieler Tierschützer führen die Haltungsbedingungen zu Erkrankungen der Tiere, die mit Antibiotika behandelt werden müssen. Der intensive Einsatz von Antibiotika kann nach Expertenmeinung zur Bildung resistenter Bakterienstämme führen, die auch für den Menschen gefährlich werden können.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu reduzieren?

*Der massenhafte Antibiotikaeinsatz ist in der Tat in erster Linie eine Systemfrage, wie vergleichende Untersuchungen zwischen konventionellen und alternativen Haltungssystemen zeigen: Sowohl in ökologisch wirtschaftenden Betrieben, wie auch in Neuland-Betrieben werden erheblich weniger Antibiotika eingesetzt, als in konventionellen Betrieben. Nach einer aktuellen Studie im Auftrag des nordrheinwestfälischen Landwirtschaftsministeriums besteht im konventionellen Bereich auch zwischen Stallgröße und Mastdauer und Antibiotikaeinsatz ein signifikanter Zusammenhang: Je kleiner der in einem Stall gehaltene Bestand und je länger die Mastdauer, desto geringer der Antibiotikaeinsatz. Darüber hinaus ist in der nordrhein-westfälischen Studie bekannt geworden, dass Antibiotikawirkstoffe in manchen Fällen lediglich einen Tag eingesetzt wurden, was ein Hinweis darauf ist, dass Antibiotika offenbar trotz Verbotes nach wie vor als Mastbeschleuniger eingesetzt werden, da ausgeschlossen ist, dass ein bakterieller Befall des Bestandes durch eine derart kurze Behandlungsdauer erfolgreich behandelt werden könnte.*

*Diese Untersuchungsergebnisse liefern wichtige Anhaltspunkte, wie das Problem des massenhaften Antibiotikaeinsatzes anzugehen ist: Der erfolgreichste Ansatz wäre zweifellos die komplette Umstellung der Tierhaltung auf ökologische oder artgerechte Haltungssysteme. Dieses wird jedoch kurzfristig nicht realisierbar sein. Deshalb wird es auch darauf ankommen, im bestehenden System zu Verbesserungen zu kommen. Unser Ziel ist es, den Antibiotikaeinsatz binnen 5 Jahren um mindestens 50% zu reduzieren. Erreichen wollen wir das unter anderem durch:*

*Schärfere Kontrollen der Antibiotika-Anwendung durch das LAVES sowie vermehrte Plausibilitätsprüfungen von Tierbestand, Dauer der Verabreichung verordneter sowie verabreichter Wirkstoffmengen.*

*Aufbau eines Registers über den Tierarzneimiteleinsatz, in dem betriebsbezogen die verabreichten Wirkstoffe zeitnah erfasst werden und mit dem es möglich ist, insbesondere die problematischen Betriebe verstärkt zu kontrollieren.*

*Trennung von Verordnung und Verkauf von Tierarzneien. Tierärzte sollen nicht mehr am Verkauf der von ihnen verordneten Präparate verdienen.*

*Konsequente Lebensmittelkennzeichnung „Mit/ Ohne Antibiotika-Behandlung“*

**Frage 3:**

Durch die intensive Tierhaltung werden in den niedersächsischen Ställen jedes Jahr tausende Tonnen Gülle produziert, die überwiegend als Stickstoffdünger wieder auf die Felder ausgebracht werden. Das Überangebot an Gülle kann aber nicht von den Ackerpflanzen aufgenommen werden. Auf rund 60 Prozent der Landesfläche ist das Grundwasser mittlerweile mit Nitrat belastet, Bäche, Flüsse und Meeresgebiete werden zunehmend überdüngt.

Halten Sie eine Reduzierung der Güllemenge für notwendig? Falls ja, wie würden Sie diese Herausforderung angehen?

*Das Problem des viel zu hohen Nährstoffanfalls aus der industriellen Tierhaltung ist tatsächlich erheblich größer als bisher angenommen. Erst im Frühjahr 2012 ist aufgrund der Veröffentlichung der bei der Niedersächsischen Tierseuchenkasse gemeldeten Tiere bekannt geworden, dass über 800.000 Schweine und rund 14 Millionen Masthühner in niedersächsischen Ställen mehr gehalten werden, aufgrund der Daten der amtlichen Agrarstatistik angenommen. Allein in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg fallen rund 3,3 Millionen Tonnen Gülle mehr an, als auf den Nutzflächen dieser Landkreise ordnungsgemäß als Dünger ausgebracht werden kann. Dass in dieser Menge überschüssiger Wirtschaftsdünger in andere Regionen verbracht wurde, ist kaum anzunehmen. Da es nicht möglich sein wird, genehmigte und legal betriebene Stallanlagen zu schließen, wird das Problem des insbesondere in den westniedersächsischen Landkreisen deutlich zu hohen Gülle- und Mistanfalls mittelfristig weiter bestehen. Es muss daher sichergestellt werden, dass dieser überschüssige Wirtschaftsdünger dorthin verbracht wird, wo er sinnvoll als Dünger eingesetzt werden kann. Um dieses sicherzustellen, wollen wir einerseits eine vollständige und lückenlose Meldeverpflichtung des überbetrieblich eingesetzten Wirtschaftsdüngers. Das heißt: wer Wirtschaftsdünger abgibt, muss in einer zentralen Datei melden, an wen er wie viel Wirtschaftsdünger mit welchen Nährstoffgehalten abgegeben hat. Wird ein Transportunternehmen zwischengeschaltet, wird auch dieses entsprechend meldepflichtig. Auf diese Weise ist gewährleistet verfolgen zu können, welche Mengen an Pflanzennährstoffen sich in welchen Betrieben befinden. Um sicherzustellen, dass der Wirtschaftsdünger auf*

*der betrieblichen Ebene ordnungsgemäß eingesetzt wird, ist darüber hinaus ein flächendeckendes Düngkataster erforderlich, in dem der Bewirtschafter der jeweiligen Flächen angibt, welche Nährstoffmengen auf die jeweiligen Flächen verbraucht werden. Selbstverständlich ist dieses deutlich stärker zu kontrollieren und mit stärkeren Sanktionen bei Verstößen zu versehen, als dieses bisher der Fall ist. Neugenehmigungen von Stallanlagen sollen nur noch möglich sein, wenn in der jeweiligen Region konkrete Flächen angegeben werden, auf denen der anfallende Wirtschaftsdünger tatsächlich ausgebracht werden kann.*

## **ENERGIE**

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Risiken der Atomkraft nochmals dramatisch verdeutlicht. Auch die fossilen Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas werden kritisiert, da sie bei der Verbrennung große Mengen an CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre entlassen und damit die globale Klimaerwärmung weiter anheizen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, bis 2050 einen Großteil des Energiebedarfs aus regenerativen Energiequellen zu decken. Über den Weg dorthin gibt es allerdings unterschiedliche Ansichten.

### **Frage 1:**

Was sind für Sie die wichtigsten Handlungsfelder, um die Energiewende bis 2050 zu schaffen?

*Grünes Ziel ist eine weitestgehend dezentrale und vollständige Versorgung mit Erneuerbaren Energien ohne Atomkraft und ohne fossile Brennstoffe. Dies wird nur gelingen, wenn wir mindestens die Hälfte unseres derzeitigen Energieverbrauchs einsparen. Die großen Einsparpotenziale in allen Bereichen müssen durch rechtliche Maßnahmen und wirtschaftliche Anreize gehoben werden. Wir brauchen aber auch eine neue Kultur der Einsparung und einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise.*

*Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss beibehalten und weiterentwickelt, die Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Die Stromspeicherung ist für uns von großer Bedeutung, deshalb wollen wir die Forschung und die Entwicklung von dezentralen Speichern fördern.*

*Die Energiewende benötigt verlässliche und vorausschauende Rahmenbedingungen. Mit einer Effizienz- und Klimaschutzagentur und einer Neuausrichtung der Fördergelder Niedersachsens sollen insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen, Energiegenossenschaften und Stadtwerke gezielt unterstützt werden.*

**Frage 2:**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein wichtiger Baustein zur Eindämmung der globalen Klimaerwärmung. Beim Ausbau gibt es aber teilweise Konflikte mit dem Ziel des Schutzes und dem Erhalt der biologischen Vielfalt. So wird z.B. Biogas aufgrund seiner Grundlastfähigkeit als eine wichtige Säule im zukünftigen Energiemix gesehen. Gleichzeitig bedingt der monokulturelle Anbau von Energiepflanzen, insbesondere Mais, aber eine weitere biologische Verarmung der Kulturlandschaft.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Zielkonflikt zu lösen?

*Bei der Energiewende dürfen der Naturschutz und die ganzheitliche Klimabilanz nicht unter die Räder kommen. Deshalb lehnen wir die Fehlförderung bei Biogasanlagen durch die hohe Subventionierung des industriellen Maisanbaus über den Nawaro-Bonus ab. Wir wollen die Subventionen und Fehlanreize für die „Vermaisung“ im EEG stoppen und stattdessen die biologische Vielfalt fördern, z.B. durch Förderung des Anbaus von artenreichen Wildpflanzen. Außerdem darf der Anbau von Mais auf Mais, allein schon aus Gründen des Grundwasserschutzes, nicht mehr wie von Schwarz-Gelb als gute fachliche Praxis definiert werden.*

**Frage 3:**

Niedersachsen hat aufgrund seiner naturräumlichen Voraussetzungen große Potenziale bei der Windenergienutzung, mittelfristig könnte Niedersachsen sogar zum Exportland von Windenergie werden. Auf der anderen Seite stehen Windkraftanlagen in der Kritik, etwa durch die Gefährdung von Vögeln oder den Auswirkungen auf das Landschaftsbild.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Windenergie bei der Energiewende und wie würden Sie ggf negative Auswirkungen der Windenergieanlagen minimieren?

*Niedersachsen ist dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bereits jetzt bundesweiter Spitzenreiter bei der Windenergienutzung. Im „Grünen Energieszenario – Enkeltaugliche Energieversorgung für Niedersachsen“ bildet die Windenergie eine tragende Säule der zukünftigen Stromversorgung und soll zwei Drittel des Stroms liefern, überwiegend aus Anlagen an Land. Der Ausbau soll durch das Repowering alter Anlagen vorangebracht werden, vor allem jedoch durch Ausweisung ausreichend neuer, geeigneter Standorte im Raumordnungsprogramm vorangebracht werden. Naturschutz- und Vogelschutzgebiete, die von den Windkraftanlagen beeinträchtigt werden können, sind von den Vorranggebieten ausgenommen. Zu Schwerpunktorkommen von sensiblen Vogelarten und Fledermäusen sind angemessene Abstände einzuhalten.*

**Frage 4:**



Die hohe Nachfrage nach Erdgas macht die unkonventionelle Förderung von Erdgas, das sogenannte Fracking, für viele Energiekonzerne wirtschaftlich immer rentabler. *Beim Fracking werden teilweise giftige Chemikalien in die gasführenden Gesteinsschichten gepresst, bei einer Freisetzung in die Grundwasserkörper könnten Mensch und Natur gefährdet werden. Auch in Niedersachsen finden derzeit Probebohrungen statt.*

*Wie beurteilen Sie die Risiken des Fracking und wie würden Sie sich ggf. für eine generelle Vermeidung von Fracking in Niedersachsen einsetzen?*

*Wir Grüne halten den Einsatz der Fracking-Technik bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas wegen der damit verbundenen nicht kalkulierbaren Risiken für nicht verantwortbar. Auch Gutachten des UBA der NRW-Landesregierung und des Exxon-Expertenkreises bestätigen, dass die Folgen der unkonventionellen Erdgasförderung nicht vorausgesehen werden können, noch viele grundlegende Kenntnisse im Zusammenhang mit dem großflächigen Aufbrechen des Gesteins im Untergrund und möglicher Auswirkungen auf Süßwasservorkommen und die obere Biosphäre fehlen. Aus energie- und ressourcenpolitischer Sicht sollten diese schwer gewinnbaren Gasvorkommen auf absehbare Zeit nicht genutzt und es unseren Nachfahren überlassen werden, sie möglicherweise doch noch zu nutzen, wenn diese Rohstoffe in Zukunft mit neuen Techniken umweltschonend gewonnen werden können.*

#### **Frage 5:**

In Wilhelmshaven soll mit Verspätung ein zweites Kohlekraftwerk in Betrieb gehen. Bauanträge für ein drittes und viertes Kohlekraftwerk sind nicht auszuschließen. Sind Sie für oder gegen ein weiteres Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven?

*Ich habe die Bürgerinitiative gegen den Bau der Kohlekraftwerke mit initiiert und mit gegründet. Seit der Gründung dieser Bürgerinitiative „Zeche Rüstersieler Groden – Für Klimaschutz und gegen Kohlekraftwerke“ in Wilhelmshaven war ich ihr Vorsitzender und Sprecher und habe in dieser Zeit viel Arbeit und Engagement investiert. Ich bin also eindeutig gegen!*

#### **FLUSSPOLITIK**

Die niedersächsischen Flüsse wie Elbe, Weser und Ems sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Neben kontinuierlichen Ausbaggerungen zum Vertiefen der Fahrrinnen werden die Gewässer auch durch den Eintrag von Nährstoffen oder Abwässern belastet. Viele niedersächsische Flüsse sind ökologisch bereits schwer geschädigt, dabei fordert die EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 einen guten ökologischen und chemischen Gewässerzustand. Der Weg dorthin ist aber noch weit.

**Frage 1:**

Das Land Niedersachsen hat im Sommer 2012 sein Einvernehmen zur weiteren Vertiefung der Unterelbe zwischen Hamburg und der Nordsee gegeben. Von Umweltschützern wird die Vertiefung als ökologisch schädlich und ökonomisch unsinnig scharf kritisiert

Wie bewerten Sie die erneute Vertiefung der Elbe?

*Wir halten die in 2012 genehmigte erneute Vertiefung der Elbe für überflüssig, weil Containerschiffe auch der neuesten Generation den neuen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven nutzen können. Wir begrüßen den im Oktober vom Bundesverwaltungsgericht verfügten vorläufigen Stopp der Elbvertiefung. Durch eine Kooperation der norddeutschen Häfen wollen wir weitere Vertiefungen von Hafenzufahrten künftig überflüssig machen.*

**Frage 2:**

Die Ems ist durch kontinuierliche Ausbaggerungen und Aufstauungen zur Überführung von Schiffen der Meyer-Werft ökologisch schwer geschädigt und bedarf dringend einer Sanierung.

Bis wann wollen Sie ein Sanierungskonzept für die Ems erarbeiten lassen und welche Haushaltsmittel gedenken Sie für die Emssanierung bereit zu stellen?

*Die Ems ist ein Sanierungsfall und allein, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen sind im Einzugsbereich der Ems größere Anstrengungen als in anderen Flussgebieten. Gemeinsam mit den an der Ems stark engagierten Umweltverbänden, den Kommunen und Anliegern wollen wir ein Sanierungskonzept erarbeiten und den vorhandenen Managementplan zur Umsetzung der Ziele der WRRL entsprechend überarbeiten. An der Ems wird ein Großteil der Finanzmittel eingesetzt werden, die für die Umsetzung der WRRL insbesondere aus der WEG zur Verfügung stehen.*

**Frage 3:**

Auf Grund eines Eilantrages des BUND gegen den Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses zur Vertiefung der von Unter- und Außenweser hat die WSD Nordwest als zuständige Regierungsbehörde den Beginn der Baggerarbeiten ausgesetzt.

Wie lässt sich ihrer Ansicht nach ein guter ökologischer und chemischer Zustand der Unter- und Außenweser mit deren Ausbau gemäß Planfeststellungsbeschluss vereinbaren?

*Ein Schlagwort unseres Landtagswahlprogramms lautet: „Die Schiffe müssen sich den Flüssen anpassen!“ Wir Grüne fordern schon lange ein Norddeutsches Hafenkonzzept. Dieses soll die fortwährende ökologische Belastung der Flüsse auf ein für sie verträgliches Maaß senken, aber dabei die ökonomischen Belange der Hafenstädte berücksichtigen. Dies würde unweigerlich zu einem Stopp weiterer Flussvertiefungen an Ems, Weser und Elbe führen, gleichzeitig aber den Flüssen die Chance geben, ein wenig Natürlichkeit wieder zu entwickeln.*

#### **Frage 4:**

Seit Jahrzehnten wird von interessierter Seite ein Anschluss Wilhelmshavens an das Binnenwasserstraßennetz gefordert. Bislang sind die Pläne zum Bau einer Kanalverbindung durch Butjadingen sowie die Kanalisierung der Kaiserbalje durch den Nationalpark Nds. Wattenmeer gescheitert. Derzeit führt die WSD Nordwest mit Beteiligung des Germanischen Lloyd It. Pressemitteilung neue Untersuchungen durch. Angedacht sei eine seewärtige Verschiebung der Binnenschiffahrtsgrenzen, um, seegängigen Binnenschiffen den Verkehr zwischen Jade und Weser zu ermöglichen.

Unter welchen Voraussetzungen würden Sie einen Binnenwasserstraßenanschluss Wilhelmshavens unterstützen?

*Das Wattenmeer ist für mich ein hohes zu schützendes Gut. Ich als Grüner möchte den Güterverkehr in möglichst großem Umfang von der Straße auf die Schiene und das Schiff verlagern. Unsere Forderung nach einem Norddeutschen Hafenkonzzept schließt auch die Küstenräume und die Binnenschiffahrt mit ein. Deshalb ist die Frage nach einem Kanal oder auch die Verschiebung der Binnenschiffahrtsgrenze nicht eine Frage die nur Wilhelmshaven betrifft, sondern den gesamten Küstenlandschaft. Ich glaube allein Kostengründen stellt sich die Frage nach einer Kanalanbindung Wilhelmshavens nicht. Die Verschiebung der Binnenschiffahrtsgrenze birgt Chancen in Hinsicht auf die Flexibilisierung des Binnenschiffsverkehrs und des Gütertransportes aus den Küstenhäfen ins Binnenland. Die Kaiserbalje im speziellen ist allerdings ein für das Wattenmeer, deren Bewohner und den Küstenschutz unverzichtbarer Raum. Deshalb ist die Kanalisierung der Kaiserbalje für mich keine Option.*

## **INFRASTRUKTUR**

Niedersachsen ist heute de facto ein Transitland, Umweltschützer kritisieren insbesondere den hohen Anteil des Gütertransports über die Straße. Auch der Aus- bzw. Umbau der Stromnetze im Zuge der Energiewende wird von vielen Bürgern und Bürgerinnen kritisch gesehen, da Auswirkungen auf die eigene Gesundheit und

auf Landschaft und Natur befürchtet werden. Die Entwicklung der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur in Niedersachsen steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen.

**Frage 1:**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert nach Expertenmeinung auch eine Weiterentwicklung der Stromleitungstrassen.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ansätze und Handlungsfelder beim Umbau der Stromnetze?

*Der weitere Ausbau der Erneuerbaren und die Energiewende erfordern auch den Neubau von Stromleitungstrassen im Übertragungsnetz, allerdings sind Neubauprojekte auf das absolut notwendige Maß zu beschränken; es sind daher zuerst bestehende Trassen zu optimieren, die vorhandene Netzinfrastruktur ist zu ertüchtigen. Wir sehen im vorliegenden Entwurf des Netzentwicklungsplans (Stand Oktober 2012) brauchbare Lösungsansätze, aber auch noch Optimierungspotenziale. Weitere Optimierungen auf Ebene der Verteilnetze können nach unserer Einschätzung dazu beitragen, dass der Zubau bei den Übertragungsnetzen nicht im NEP-Strom dargestellten Umfang notwendig ist. Wir Grüne haben uns bereits in der Auseinandersetzung um Neubautrassen wie Wahle- Mecklar u.a. dafür eingesetzt, dass die Möglichkeiten der Erdverkabelung der Leitungen vollständig genutzt werden, die Verlegung als Kabel als Standardtechnik für Neutrassen vorzusehen ist. Dieses Ziel streben wir weiter an.*

**Frage 2:**

Die Vorarbeiten zur Neuauflistung des Bundesverkehrswegeplanes mit neuer Grundkonzeption haben begonnen. Das Land Niedersachsen hat bereits eine vorläufige Liste der Straßenverkehrsprojekte veröffentlicht.

Sollte Ihrer Meinung nach die Straßen-Infrastruktur des Landes weiter ausgebaut werden?

*Angesichts begrenzter Verkehrshaushalte muss eine Umschichtung bei den Finanzierungsmitteln (GVFG) von der Straße (40 Prozent) auf die Schiene (60 Prozent) erfolgen. Bisher ist das Verhältnis umgekehrt. Der großflächige Neubau von Autobahnen ist zu stoppen. Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur müssen Priorität gegenüber dem Neubau erhalten. Anstatt also weiterhin niedersächsische Millionen für die Planung unfinanzierbarer neuer Autobahnen zu verschwenden, wie es die schwarz-gelbe Landesregierung zum Beispiel bei der A 20, der A 39, der A 33 und der E 233 macht, wollen wir deshalb die Priorität auf den Substanzerhalt legen.*

**Frage 3:**

Bei nahezu allen Vorhabens-Planungen findet die BürgerInnenbeteiligung erstmals in einem Verfahrensstadium statt, in dem die Entscheidung von Vorhabenträgern - und zuweilen auch „der Politik“ - längst gefallen äst. Wenn das „Ob“ und der Standort des Vorhabens bereits festgelegt sind, ist eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung kaum noch möglich.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Bürgerbeteiligung von Anfang an, also schon zu Beginn des Planungsprozesses, zu ermöglichen?

*Bei der Bürgerbeteiligung ist der Zeitpunkt ganz entscheidend. Er darf nicht wie bisher erst am Ende des behördlichen Verfahrens liegen, sondern muss vorverlegt werden. Zudem hat echte Bürgerbeteiligung immer auch die Nullvariante zu umfassen. Um den Druck auf die Behörden zu erhöhen, muss eine Klagemöglichkeit geschaffen werden. Dazu haben wir einen Antrag mit der Drucksachenummer 16/5318 in den Landtag eingebracht. (Unter folgendem Link ist er zu finden: <http://gruenlink.de/dda>)*

**KLIMASCHUTZ**

Deutschland hat sich zu dem globalen Ziel der Begrenzung der globalen Klimaerwärmung auf zwei Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung bekannt. Um dies zu erreichen, ist eine erhebliche Reduktion des Ausstoßes von Klimagasen notwendig, wozu Bund und Länder engagiert beitragen müssen.

**Frage 1:**

Die Verbrennung von Kohle setzt besonders viel klimaschädliches CO<sub>2</sub> frei. Sind Sie für oder gegen den Neubau von Kohlekraftwerken in Niedersachsen?

*Wir lehnen den Neubau von Kohlekraftwerken aus energiepolitischen und klimapolitischen Gründen ab.*

**Frage 2:**

Um die Klimabilanz von Kohlekraftwerken zu verbessern, wird seit einiger Zeit die sogenannte „Carbon Dioxide Capture and Storage“ (CCS) Technologie erforscht. Dabei soll das bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehende CO<sub>2</sub> abgeschieden und unterirdisch verpresst werden. Die so genannte CO<sub>2</sub>- Speicherung ist jedoch mit erheblichen Risiken verbunden, etwa beim unkontrollierten Austritt des Gases oder durch die Versalzung des Grundwassers. Alle im niedersächsischen

Landtag vertretenen Parteien haben sich aktuell gegen die Nutzung der CCS-Technologie in Niedersachsen ausgesprochen.

Wie beurteilen Sie die CCS-Technologie und wie würden Sie ggf dafür Sorge tragen, dass diese Technologie in Niedersachsen nicht zum Einsatz kommt?

*Wir lehnen den Einsatz der CCS-Technologie zur Reduzierung von CO<sub>2</sub> als einen klimapolitischen Irrweg ab. Wir sind dafür eingetreten, die EU-Vorgaben zu CCS nicht in deutsches Recht umzusetzen, sondern bereits auf EU-Ebene als überflüssig und politisch kontraproduktiv zu streichen. Nachdem in Deutschland als eins von vier EU-Mitgliedsländern ein eigenes CCS-Gesetz beschlossen wurde, werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit eine Verpressung von CO<sub>2</sub> in Niedersachsen nicht stattfindet. Nach dem Desaster der Asse, wo in unverantwortlicher Weise radioaktiver Abfall in einem alten Bergwerk abgekippt wurde, nach den Vorgängen um den Endlagerstandort Gorleben und nach dem bekanntwerden, dass einige 100 Millionen Liter schad- stoffbelastete Abwässer aus der Eröl- und Erdgasproduktion in den tiefen Untergrund verpresst worden sind, wollen wir in Niedersachsen keine weiteren Großversuche zur Entsorgung von Abfällen mit ungewissem Aus- gang im Untergrund mehr zulassen.*

**Frage 3:**

Ein großer Teil der klimaschädlichen Emissionen kann reduziert werden, wenn es gelingt, die energetische Sanierung bestehender Gebäude zu forcieren und dadurch den Energieverbrauch für die Gebäudebeheizung zu reduzieren.

Welche konkreten Maßnahmen würden Sie ergreifen, die energetische Sanierung von Gebäuden voran zu bringen?

*Wir wollen die energetische Sanierung im Gebäudebestand auch dadurch voranbringen, dass eine „Klima- und Ressourcenschutzagentur“ des Landes eingerichtet werden soll, die die Arbeit der bestehenden kommunalen und regionalen Klimaschutzagenturen koordinieren soll und so zu einer effektiveren Klimaschutzpolitik beitragen soll. Über einen Klima- und Innovationsfonds sollen mit den knappen Finanzmitteln des Landes Klimaschutzziele besser erreicht werden, als mit den bisher genutzten Instrumenten der Wirtschaftsförderung. Bei der energetischen Gebäudesanierung sehen wir das Land in der Pflicht speziell bei denkmalgeschützten Gebäuden oder Gebäuden mit Sondernutzung angepasste Lösungen zu fördern.*

**NATURSCHUTZ**

Deutschland hat sich im Rahmen unterschiedlicher internationaler Abkommen verpflichtet, die biologische Vielfalt zu erhalten. Neben dem Schutz von Tier- und Pflanzenarten umfasst dies auch den Erhalt von Lebensräumen und der genetischen Ressourcen der Kulturpflanzen. Trotz dieser Verpflichtungen konnte der Verlust von biologischer Vielfalt auch in Niedersachsen bislang nicht gestoppt werden. Immer mehr Lebensräume, Tiere, Pflanzen und auch alte, landwirtschaftliche Kultursorten gehen unwiederbringlich verloren.

**Frage 1:**

Obwohl der Erhalt der biologischen Vielfalt im Bundesnaturschutzgesetz in § 1 ausdrücklich als Staatsziel genannt wird, sind immer mehr Tier- und Pflanzenarten in Niedersachsen gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Maßnahmen, um diesen negativen Trend zu stoppen?

*Symptomatisch für eine verfehlte schwarz-gelbe Naturschutzpolitik in Niedersachsen ist die Tatsache, dass Niedersachsen im Ländervergleich den geringsten Teil der Landfläche als Natura 2000-Schutzgebiete ausgewiesen hat. Schaut man sich das Spektrum der bedrohten Arten genauer an, fällt der zum Teil dramatischer Rückgang von Arten der offenen Landschaft auf. Die Ursache dafür ist vor allem eine intensive Landwirtschaft, durch die selbst „Allerweltsarten“ wie die Feldlerche inzwischen selten geworden sind. Die wichtigste Maßnahme gegen den weiteren Artenrückgang ist daher die Extensivierung der Landwirtschaft. Statt die Mittel aus der so genannten 2. Säule der Agrarpolitik weiterhin in unsinnige Maßnahmen wie den ländlichen Wegebau oder sogar naturzerstörende Maßnahmen wie die Flurbereinigung zu investieren, wollen wir die Agrarumweltprogramme deutlich ausbauen und damit extensive Grünland- und Ackernutzung, den ökologischen Landbau und die Erhaltung und Anlage von Strukturelementen in der Landschaft fördern. Um insbesondere den spezialisierten waldbewohnenden Arten neue Lebensräume zu schaffen, wollen wir 10% des Waldes (davon 15% im Landeswald) ungenutzt lassen und unter einen langfristigen Prozessschutz stellen. Zudem müssen die in Natur und Landschaft eingreifenden Planungen auf den Prüfstand gestellt und – wo möglich – zurückgenommen werden. Beispielhaft seien hier die Vertiefungen von Weser und Elbe oder die geplanten Autobahnneubauten A 39, A 33 und A 22 genannt.*

**Frage 2:**

Das niedersächsische Wattenmeer ist eines der letzten, vom Menschen kaum beeinflussten, Naturparadiese Deutschlands. Aufgrund seiner Bedeutung für Flora und Fauna ist es als Nationalpark geschützt und wurde von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Dennoch ist das Weltkulturerbe durch verschiedene

Vorhaben in Niedersachsen weiterhin gefährdet. So finden seit einiger Zeit am Rande des Nationalparks Probebohrungen nach Erdöl statt.

Wie stehen Sie zur Ölförderung im Wattenmeer?

*Wir lehnen eine Ölförderung im Wattenmeer auch außerhalb des Nationalparks ab. Die Weiterentwicklung des zum UNESCO Weltnaturerbe erklärten Nationalparks Wattenmeer ist uns Herzensangelegenheit. Die durch das UNESCO Label erhöhte Attraktivität des Gebietes für den Tourismus muss auch dazu führen, dass weitere Maßnahmen zum Schutz der einmaligen Natur des Wattenmeers erfolgen müssen, um einem erhöhten Besucherdruck entgegen zu wirken. Die Nutzung dieses sensiblen Raumes etwa durch Öl- oder Gasförderung steht den Schutzzielen eindeutig entgegen.*

**Frage 3:**

Das Naturschutzgebiet „Voslapper Groden Süd“ in Wilhelmshaven ist darüber hinaus als EU- Vogelschutzgebiet Teil des Netzes „Natura 2000“. Kräfte aus Politik und Wirtschaft wollen dieses Gebiet für hafenauffine Wirtschaft erschließen.

Halten Sie eine Umwidmung des „Voslapper Groden-Süd für Industrie und/oder Gewerbe für unverzichtbar oder sehen Sie Möglichkeiten, ansiedlungswilligen Betrieben andere ungenutzte Industrie- und Gewerbeflächen in Wilhelmshaven anzubieten?

*In bestimmten Kreisen der Wilhelmshavener Wirtschaft und Politik wird immer wieder postuliert, dass diese Flächen in den 60er Jahren für Großindustrie geschaffen wurden. Diese Flächen haben sich in den vergangenen fast 50 Jahren zu wertvollen Naturflächen entwickelt, Ich finde, dass diese für unsere Stadt und den Naturraum Wilhelmshavens und der EU so wertvoll geworden sind, dass jede Möglichkeit genutzt werden muss um hier einen zugriff der Industrie zu verhindern. In Wilhelmshaven und Umgebung stehen bisher noch ausreichend Flächen zu Verfügung um die Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen. Die Aussage diese Flächen würden für den JadeWeserPort gebraucht sind im Moment nicht zu halten.*